



Fake-Fabrik Bundesrat: Verteidigungsminister Pfister mit Soldaten.

Die Fichen-Schweiz ist wieder da

Im Krieg gegen angebliche Desinformation hat der Bundesrat bereits Vorkehrungen getroffen. Dieses Mal kann er sich ganz auf die Hilfe der Medien verlassen.

Von David Biner, Weltwoche, 21.01.2026

Wer wissen will, wie es den angeblich so stark gebeutelten Medien geht, muss sich durch die Bildergalerie der diesjährigen Dreikönigstagung klicken. Beim Auftaktevent des Verlegerverbands Schweizer Medien (VSM) gaben sich Medienmanager, Profiwerber und Politiker auch dieses Jahr die Klinke in die Hand. Hornbrillen und Rollkragenpullis scheinen (immer noch?) im Trend zu sein. Die Festtage sind den Verantwortungsträgern gut bekommen. Hat SRG-Präsident und Hobby-Golfer Jean-Michel Cina etwa schon wieder abgenommen? Die Hautevolée der Schweizer Medienbranche sieht auf den Bildern blendend aus.

Die lockere, ja, ausgelassene Stimmung auf den Fotos korrespondiert jedoch nicht mit dem Hauptthema der Tagung; Bild-Text-Scheren, wie man in einem News-Room sagen würde, so weit das Auge reicht. Bundesrat Martin Pfister war der Hauptredner und kam gleich zur Sache. Der Vorsteher des Verteidigungsdepartements (VBS) wies den Schweizer Medien ihre neue Rolle zu im Abwehrkrieg gegen den Feind im Osten. Nicht nur Kampffjets, Panzer und Soldaten, sondern auch die Medienhäuser und ihre Journalisten sind demnach Teil der Schweizer Sicherheitsarchitektur. «Sie liefern Nachrichten und schützen gleichzeitig den Informationsraum: durch Recherche, durch Einordnung, durch Transparenz.» Die Lage ist ernst.

Jacques Baud als Exempel

Man sei bereits heute betroffen von der hybriden Konfliktführung Russlands, mahnte Pfister gemäss Redetext. «Mit den wachsenden geopolitischen Spannungen dürften

Beeinflussung und Desinformation weiter zunehmen. Als Land mitten in Europa, als Teil der westlichen Wertegemeinschaft sind wir indirekt ebenfalls ein Ziel.» Seit 2022 und dem Einmarsch in der Ukraine greife Russland die Schweiz «zunehmend im Informationsraum» an. «Die zwei bekanntesten russischen Plattformen Russia Today und Pravda verbreiten zwischen 800 bis 900 Artikel pro Monat in der Schweiz, die häufig als Desinformation bezeichnet werden müssen», berichtete Pfister.

Die Landesregierung versteht unter Desinformation «irreführende oder vollständig erfundene Informationen», die absichtlich verwendet würden, «um auf die Meinungsbildung der Bevölkerung Einfluss zu nehmen, politische Prozesse zu beeinflussen, die Glaubwürdigkeit von Institutionen und Medien zu unterminieren oder Zweifel an der Zuverlässigkeit von Informationen zu säen». VBS-Chef Pfister geht gar noch weiter. Desinformation habe stets zum Ziel, die Gesellschaft zu spalten, sagte der Mitte-Mann an der Dreikönigstagung. Angst und Zweifel würden nicht nur den «inneren Zusammenhalt» der Schweiz ins Wanken bringen, sondern auch «internationale Kooperationen» erschweren.

Diese Botschaft des Bundesrats dürften alle Medienchefs im Saal verstanden haben: Wer die Annäherung der Schweiz an die Europäische Union in Frage stellt, wer Brüssel kritisiert, die Uno oder auch die Narrative der Nato hinterfragt, steht bereits unter dringendem Verdacht, Desinformationen zu verbreiten. Der demonstrative Schulterschluss zwischen der Landesregierung und den grössten, angeblich so unabhängigen Medienhäusern des Landes ist der vorläufige Höhepunkt einer unheimlichen Vermischung der Gewalten. Wie weit soll dieser korporatistische Korpsgeist zwischen Staat und Medien im Krieg um den Informationsraum gehen?

Mission in Brüssel im Vorgang

Mit der Sanktionierung von Jacques Baud gab die EU schon mal Anschauungsunterricht, wie die neue Form des Staatsschutzes dereinst auch in der Schweiz aussehen könnte. VBS-Chef Pfister hielt es an der Dreikönigstagung (oder sonst wo) bis dato nicht für nötig, sich zur brutalen Festsetzung des früheren Obersts der Schweizer Armee zu äussern. Es ist davon auszugehen, dass Pfister sehr früh über die harschen Massnahmen informiert war, zumal er mit Valériane Michel (persönliche Mitarbeiterin) sowie Lukas Lanzrein (Stabschef im Generalsekretariat) gleich zwei frühere Diplomaten aus der Schweizer Mission in Brüssel in seinen engsten Zirkel geholt hat.

Die Schweizer Mission in Brüssel hatte bereits im Vorgang Kenntnis von der anstehenden Sanktionierung Bauds, dem die EU Desinformation in Form von prorussischer Propaganda vorwirft. Die EU bezichtigt den langjährigen Geopolitikexperten beim Westschweizer Staatsfernsehen (RTS), «durch die Beteiligung am Einsatz von Informationsmanipulation und Einflussnahme» für den Kreml zu arbeiten. Während Pfister schweigt, hatte SP-Bundesrat Beat Jans für das Schicksal des Schweizer Staatsbürgers nur ein müdes Lächeln übrig.

Der Justizminister warnte die Schweizer Verlagshäuser bereits bei der Dreikönigstagung 2025 vor «Fake News» und «Desinformation», die «verzerrten», «aufhetzen» und die politische Debatte «vergiften». Gleichzeitig versprach er den Schweizer Verlagshäusern, sie im Kampf gegen die grossen Onlinedienste wie Google, Meta et cetera zu unterstützen (Leistungsschutzrecht

für Medienunternehmen). Darüber hinaus stellte Jans der Medienbranche, die er bezüglich der Bedeutung fürs Land auf die gleiche Stufe setzt wie die Landwirtschaft, weitere Subventionen in Aussicht, natürlich unter bestimmten, ideellen Vorgaben: «Verteidigen Sie den faktenbasierten, seriösen Journalismus, der auf Relevanz setzt und nicht primär auf Sensation und Polemik.» Es fehlte nur das kollektive «Verstanden, Herr Bundesrat!»

Hundert Vollzeitstellen

Bande und Loyalitätsbekundungen zwischen Politik und den Verlagshäusern mag es immer schon gegeben haben. Doch eher neu ist seit der ungesühnten Kollusion zwischen Corona-Bundesrat Alain Berset und dem Ringier-Verlag, dass die Synchronisation von Staat und Medien erst gar nicht mehr versteckt wird, im Gegenteil. Fast parallel zur Pandemiepolitik hat der Bund seine Einflussnahme auf die veröffentlichten Meinungen noch mehr ausgedehnt, Beraterbudgets und PR-Abteilungen aufgestockt.

Allein im VBS ist die Kommunikationstruppe unter Bundesrätin Viola Amherd auf knapp hundert Vollzeitstellen angestiegen. Die grösste Inlandredaktion des Landes half mit, auf ihren zahlreichen Kanälen eine der wohl grössten und verheerendsten Desinformationen der jüngeren Geschichte zu verbreiten. Den von Amherd propagierten «Fixpreis» für die bestellten F-35-Kampffjets aus den USA hätte nicht einmal der russische Geheimdienst erfinden können. Fake-Fabrik Bundesrat – alles bezahlt vom Schweizervolk.

Beeinflussungsaktivitäten von aussen gerieten während Corona in den Fokus des Bundesrats, als dessen Mitglieder sich gegenseitig mit Indiskretionen bekämpften. Im «Sicherheitspolitischen Bericht 2021» wurde ein Augenmerk auf sogenannte Desinformationskampagnen gelegt. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats, die in den Amherd-Jahren zum Auffangbecken linker oder linksbürgerlicher Politikerinnen verkam, hat daraufhin vom Bundesrat eine Auslegeordnung gefordert. Diese wiederum diente dann dem Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (Sepos) dafür, die Bekämpfung von Desinformation neu in die «Sicherheitspolitische Strategie» als Massnahme zur Stärkung der Resilienz aufzunehmen. Nach Jahren der Theorie und Papiere ist der Bundesrat nun offenbar bereit, zur Tat zu schreiten.

Neues Wahrheitsministerium

So will die Landesregierung die bestehenden Lehrpläne auf Inhalte überprüfen, «die für die Herausforderung der Desinformation in Zusammenhang mit der politischen Bildung» relevant seien. VBS-Chef Pfister präzisierte in einem Interview mit SRF: «Wenn sich Bürgerinnen und Bürger gegen Desinformation schützen wollen, müssen sie diese erkennen. Es ist gut, wenn junge Leute dazu erzogen werden, kritisch mit Inhalten von sozialen Medien umzugehen.» Weiter will der Bundesrat Kommunikationsplattformen wie etwa X regulieren. All diese Massnahmen dienen der «Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Resilienz», heisst es in der neuen «Sicherheitspolitischen Strategie».

Schliesslich hat der Bundesrat im November eine «interdepartementale Arbeitsgruppe zu Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation» eingesetzt.

Hochdotierte Beamte sollen hier «präventive und reaktive Massnahmen» erarbeiten, heisst es beim Bund. Wie oft dieses Wahrheitsministerium tagen wird und was es genau tun wird, ist derzeit unklar. Irgendwann muss es – wie jede Arbeitsgruppe beim Bund – Resultate abliefern, allein um die eigene Existenz zu rechtfertigen. Werden kritische Artikel gesammelt und Karteikarten angelegt, um den Informationsraum zu stärken? Die Rückkehr der Fichen-Schweiz – der Bundesrat hat längst die Vorkehrungen getroffen und kann sich dieses Mal ganz auf die Hilfe der Medien verlassen.

Wie eng der Staat und die Medien zusammenarbeiten, zeigt Luzia Tschirky. Die vormalige SRF-Journalistin setzt sich gegen die Halbierungsinitiative ein mit dem Argument: «Wer unsere unabhängige SRG schwächt, schwächt unsere Sicherheit.» Auf die Frage, was genau damit gemeint sei, heisst es seitens des Nein-Komitees mit Verweis auf den Bundesrat: «Widerstandsfähige Medien sind Teil der nationalen Abwehrfähigkeit.»

<https://weltwoche.ch/story/die-fichen-schweiz-ist-wieder-da-im-krieg-gegen-angebliche-desinformation-hat-der-bundesrat-bereits-vorkehrungen-getroffen-dieses-mal-kann-er-sich-ganz-auf-die-hilfe-der-medien-verlassen/>